

**V-71 Antifaschismus muss praktisch werden: Mehr Ressourcen für den Kampf in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gegen Rechtsextreme an der Macht!**

Antragsteller\*in: Luna Möbius (KV Halle)

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## Antragstext

- 1 Im kommenden Jahr sind neben Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auch
- 2 Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.
- 3 Insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt drohen
- 4 Regierungsbeteiligungen einer gesichert rechtsextremen Partei.
- 5 Anders als viele Beobachter\*innen geben wir diese Länder nicht auf und finden es
- 6 auch nicht hinnehmbar, wenn Politiker\*innen anderer Parteien sagen, dass „die
- 7 Rechtsextremen dann eben mal regieren sollen, dann können sie sich entzaubern“:
- 8 Erstens, weil sich Rechtsextreme in Regierungen nicht entzaubern, sondern
- 9 demokratische Strukturen schleifen werden und zweitens, weil wir die Menschen in
- 10 Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sehen, die von einer rechtsextremen
- 11 Regierung massiv drangsaliert und geschädigt werden würden; und drittens: Weil
- 12 eine Regierungsbeteiligung von Rechtsextremen auf Landesebene über den Bundesrat
- 13 und diverser anderer Gremien, wie die Fachminister\*innenkonferenzen, zu einer
- 14 Destabilisierung der Entscheidungsprozesse in der gesamten Bundesrepublik führen
- 15 würde: Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt sind
- 16 systemrelevant für die Bundesrepublik in ihrer Gesamtheit.
- 17 Bündnis 90/Die Grünen müssen alles in ihrer Macht stehende dazu beitragen, dass
- 18 beide Bundesländer auch nach den Landtagswahlen mit stabilen Mehrheiten auf dem
- 19 Boden des Grundgesetzes regiert werden können. Dazu braucht es eine bessere
- 20 Sichtbarkeit und mehr Engagement der Gesamtpartei in und für Ostdeutschland.
- 21 Es ist noch gar nicht so lang her, da waren Bündnis 90/Die Grünen in
- 22 Ostdeutschland erfolgreich und Teil der Landesregierungen in Brandenburg,
- 23 Berlin, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Wir haben die Lebensrealität
- 24 Ostdeutschlands verändert, wir haben die Interessen gesellschaftlicher
- 25 Minderheiten geschützt, Programme gegen Rechtsextremismus ausgebaut, wir haben
- 26 uns für mehr Wohlstand im Osten eingesetzt und gleichzeitig den Klima- und
- 27 Umweltschutz in den ostdeutschen Bundesländern massiv gestärkt. Zusätzlich waren
- 28 unsere Regierungsvertreter\*innen im Bundesrat oft genug das Zünglein an der
- 29 Waage hin zu einer sozialeren und ökologischeren Politik für ganz Deutschland.
- 30 Ganz anders stellt sich jetzt die Situation dar: Nicht nur wir als Bündnisgrüne
- 31 haben zuletzt in Ostdeutschland Wahlen und Gestaltungsmöglichkeiten verloren,
- 32 sondern inzwischen wollen manche politische Beobachter\*innen und
- 33 Entscheider\*innen hinter vorgehaltener Hand ostdeutsche Bundesländer verloren
- 34 geben.

35 Für uns ist das nicht hinnehmbar:

- 36 • Weil wir überzeugt sind, dass jede Landesregierung mit rechtsextremer  
37 Regierungsbeteiligung u.a. über den Bundesrat das politische System der  
38 gesamten Bundesrepublik zum Schlechteren verändert;
- 39 • Weil wir überzeugt sind, dass Klima- und Umweltschutz in Deutschland nur  
40 dann funktionieren, wenn sie in allen Landesteilen umgesetzt werden;
- 41 • Weil wir gesellschaftliche Minderheiten in keinem einzigen Bundesland  
42 einer Landesregierung mit Rechtsextremen aussetzen wollen;
- 43 • Weil wir als Partei der Bürgerrechtler\*innen freie Wahlen in  
44 Ostdeutschland erkämpft haben und nicht zulassen können, dass jetzt jene  
45 an die Macht kommen, die freie Wahlen und Bürgerrechte lieber heute als  
46 morgen abschaffen wollen

47 Deswegen werden wir als Partei Bündnis 90/Grüne alles in unserer Macht Stehende  
48 tun, damit am Ende dieser Landtagswahlen demokratische Regierungsmehrheiten und  
49 Bündnisgrüne in Fraktionsstärke in den Landtagen Mecklenburg-Vorpommern und  
50 Sachsen-Anhalt stehen. Dazu gehört eine finanziell auskömmliche Unterstützung  
51 der wahlkämpfenden Landesverbände und ein stärkerer Fokus auf die in Sachsen-  
52 Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wahlentscheidenden Themen in der Kommunikation  
53 der Bundespartei. Zusätzlich muss vom Bundesverband eine jährliche  
54 Strategietagung für ostdeutsche Kreisverbände zur Vernetzung und Skalierung  
55 erfolgreicher Politikansätze ausgerichtet werden und eine solidarischere  
56 Mittelverteilung in der Gesamtpartei verstetigt werden: Es braucht eine  
57 Evaluation der finanziellen Mittelvergabe innerhalb der Partei, um  
58 sicherzustellen, dass ostdeutsche Landesverbände auskömmlich ausgestattet sind.

59 Neben dieser finanziellen und organisatorischen Unterstützung brauchen wir auch  
60 drei grundlegende programmatische Veränderungen:

61 Erstens müssen wir die zunehmende, schon heute eklatante Vermögens- und  
62 Einkommensungleichheit in Ost und West über 35 Jahre nach der Friedlichen  
63 Revolution mit einer größeren Dringlichkeit und Konsequenz ansprechen: Es  
64 braucht eine Reform der Erbschaftssteuer, bei der die Einnahmen der  
65 Erbschaftssteuer nicht nur im jeweiligen Bundesland verbleiben, sondern mit  
66 einem neuen Verteilungsschlüssel gerecht auf die Bundesländer aufgeteilt werden.  
67 Es kann nicht sein, dass über 90% der Erbschaftssteuereinnahmen auch nach einer  
68 Reform allein in den westdeutschen Bundesländern anfallen. Daneben müssen wir  
69 nicht nur unsere eigenen sozialpolitischen Projekte vertreten, sondern vor allem  
70 auch beweisen, dass wir sie auch umsetzen können. Die enormen Herausforderungen  
71 bei Pflege, Gesundheit, Rente und im Arbeitsmarkt verlangen in allen Parteien  
72 nach neuen Antworten, auch bei uns. In einer Zeit, in der Union und SPD hier  
73 offensichtlich versagen und die Sozialversicherungen massiv unter Druck sind  
74 müssen wir zeigen, dass wir nicht nur über mehr Gerechtigkeit reden, sondern sie  
75 auch umgesetzt bekommen, wenn es hart auf hart kommt. Umso niedriger das  
76 Einkommen, umso stärker profitieren Menschen von funktionierenden  
77 Sozialversicherungen und funktionierender öffentlicher Infrastruktur, das gilt  
78 nicht nur, aber gerade auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

79 Zweitens müssen wir breitere Bevölkerungsgruppen ansprechen: Die aktuelle  
80 Bundesregierung macht keine überzeugende Arbeit. Wir müssen erst recht in dieser  
81 Zeit, in der die ehemaligen Volksparteien Union und SPD massiv an Zuspruch  
82 verlieren und bislang fast allein Rechtsextreme davon profitieren deutlich über  
83 das grüne Kernklientel hinaus Menschen erreichen. Wir müssen gerade in dieser  
84 Zeit das Vertrauen neuer Bevölkerungsgruppen erkämpfen – gerade auch, aber  
85 natürlich nicht nur von Menschen in Ostdeutschland. Dafür müssen wir die Sprache  
86 der Menschen vor Ort und ihre spezifischen Probleme deutlicher ansprechen, damit  
87 diese sich stärker bei uns wiederfinden, gesehen und repräsentiert fühlen  
88 können. Wähler\*innen suchen immer öfter nach Menschen, mit denen sie sich  
89 identifizieren können. Weil wir dieses Bedürfnis ernst nehmen müssen auch wir  
90 Identifikationsfiguren aus so unterschiedlichen Gruppen wie u.a. Ostdeutschen,  
91 Arbeiterkindern und Menschen ohne Hochschulabschluss stärker als Partei in den  
92 Vordergrund stellen.

93 Drittens müssen wir Rechtspopulismus und Rechtsextremismus anders bekämpfen als  
94 bislang. Die AfD ist in den letzten Monaten und Jahren trotz des Dagegenhaltens  
95 vieler Akteure stärker geworden. Die Ursachen dafür sind komplex: Einerseits  
96 funktioniert die Brandmauer nur dann, wenn sie auch inhaltlich und nicht nur  
97 formal gehalten wird. Andererseits haben die demokratischen Parteien es  
98 versäumt, nicht nur Strategien gegen die AfD zu entwickeln, sondern auch die  
99 Ursachen für deren Erstarken zu bekämpfen. Die CDU und CSU sind weiterhin dabei  
100 den Fehler ihrer Schwesterparteien anderer Länder zu wiederholen und sich  
101 inhaltlich der AfD anzunähern, in der Hoffnung dadurch Wähler\*innen zu binden.  
102 Die Evidenz ist hier allerdings eindeutig: Wer extreme Rechte und  
103 Rechtspopulisten kopiert, stärkt letztlich das Original. Die AfD muss anders und  
104 vor allem strategisch bekämpft werden. Die AfD ist eine gesichert rechtsextreme  
105 Partei, ein AfD-Verbot ist längst überfällig, es liegt alles auf dem Tisch.  
106 Bündnis 90/Die Grünen wird alles dafür tun, die entsprechenden Mehrheiten zu  
107 organisieren und das AfD-Verbotsverfahren auf den Weg zu bringen, um dem  
108 parlamentarischen Arm des Rechtsextremismus die Grundlage zu nehmen.

109 Ergänzend müssen wir auch die Scheinheiligkeit rechtsextremer Akteure stärker  
110 thematisieren, die Finanzierungsströme und die Verbreitung von  
111 Falschinformationen sehr viel konsequenter bekämpfen als bislang und auch die  
112 inneren Widersprüche im rechtsextremen Lager stärker herauszuarbeiten. Noch  
113 wichtiger ist eine tragfähige sozialökologische Zukunftserzählung, die nicht  
114 belehrt, sondern Menschen emotional erreicht, wie beim Hamburger Klimaentscheid.

115 Viertens braucht es mehr Entscheidungsmacht in Ostdeutschland. Noch immer bleibt  
116 das Gefühl: Der Westen entscheidet über den Osten, ohne ihn. Ostdeutsche sind  
117 sowohl in den bundesdeutschen, als auch in den Eliten in Ostdeutschland im  
118 Schnitt unterrepräsentiert – diese strukturelle Benachteiligung müssen wir über  
119 gezielte Förderung von Ostdeutschen und im Bedarfsfall auch Ost-Quotierungen  
120 aufbrechen. Daneben gilt auch: Wenn die Bundesregierung ihre Versprechen bricht  
121 und Standorte des Bundes in Ostdeutschland wieder einkassiert, wie die DATI in  
122 Erfurt, die Intel Fabrik in Magdeburg oder das Bundesamt zur Bekämpfung der  
123 Finanzkriminalität in Dresden, dann verstärkt sie negative Erwartungen und  
124 zerstört Vertrauen in gerechte Politik. Standort-Versprechen müssen eingehalten  
125 werden.

## Begründung

Autorinnen des Antrags: Madeleine Henfling, Luna Möbius, Paula Piechotta, Julia Schneider

Die Landtagswahlen 2026 werden vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zur Richtungsentscheidung werden - erstmals seit 1945 könnte eine gesichert rechtsextreme Partei dort in Regierungsverantwortung gelangen. Als Demokrat\*innen, als Bürgerrechtspartei, als Bündnispartei ist es unsere Aufgabe, alles dafür zu tun, damit dies nicht gelingen wird.

## weitere Antragsteller\*innen

Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Thea-Helene Gieroska (KV Hof); Peter Schober (KV Leipzig); Ferdinand Moors (KV Leipzig); Jana Troitzsch (KV Leipzig); Sabrina Brumme (KV Leipzig); Nadine Mai (KV Pinneberg); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ian Harknett (KV Berlin-Pankow); Manja Baudis (KV Berlin-Pankow); Nicol Schmidt (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jana Ketzenberg-Schmid (KV Barnim); Jonas Graeber (KV Berlin-Kreisfrei); Marlin Meier (KV Bremen Links der Weser (LdW); Constantin Meyer zu Allendorf (KV Leipzig); Anna Hilsenbeck (KV Ulm); Lorenz Balthasar Hoffmann (KV Ulm); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Olaf Horlbeck (KV Vogtland); sowie 140 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.